



JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN

„Unsere Kommunen – unsere Zukunft“

Erklärung der Jungen Union NRW zur Kommunalwahl 2014

Antrag zum 49. JU NRW-Tag

am 29. März in Paderborn

„Unsere Kommunen – unsere Zukunft“

1
2
3 Die Veränderung des Großen beginnt im Kleinen! Insbesondere die Entscheidungen der
4 Räte und Kreistage sind es, die unmittelbar Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen
5 in allen Regionen von Nordrhein-Westfalen haben. Nirgends ist der Kontakt zu den
6 Menschen direkter. Nirgends ist die Konsequenz der eigenen Entscheidung so unmittelbar
7 wie in der Kommunalpolitik. Daher hat diese für die Junge Union NRW einen ganz
8 besonderen Stellenwert. Hier übernehmen viele junge Menschen politische
9 Verantwortung für ihre Heimat. Dabei sind sie nicht nur parteipolitisch aktiv, sondern
10 vertreten die Bürger auch direkt in den Kreistagen und Räten.

11 Neben ihrer eigenständigen Bedeutung für unsere Städte und Gemeinden legt die
12 Kommunalwahl 2014 aber auch den Grundstein für einen Politikwechsel im Land NRW!
13 Schon bei den Kommunalwahlen 1999 konnte die CDU den nötigen Rückhalt für einen
14 überzeugenden Wahlsieg bei der Landtagswahl 2004 gewinnen. Die über 8.000
15 amtierenden Rats- und Kreistagsmitglieder und 20.000 Christdemokraten, die als
16 Kandidaten für die Räte und Kreistage antreten, sind daher bei den anstehenden
17 Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 die Botschafter der Union für die Wiederholung dieses
18 Erfolges.

19 Viele junge Menschen gestalten vor Ort Politik aktiv mit, sind Ideengeber und
20 Verantwortungsträger. Genau das ist der Anspruch den die Junge Union NRW auch für die
21 kommende Kommunalwahl formuliert. Die CDU ist die Kommunalpartei in NRW und die
22 JU ist die Zukunft christdemokratischer Kommunalpolitik! Daher möchte die Junge Union
23 mit diesem Programm einige Leitlinien für eine erfolgreiche Kommunalpolitik in den
24 Städten in Nordrhein-Westfalen vorlegen.

25

Kommunen in Nordrhein-Westfalen – ein schönes Stück Heimat

27 Nordrhein-Westfalens Kommunen haben viel zu bieten. Kein anderes Bundesland ist so
28 facettenreich. Zwischen urbanem Großstadtgefühl in Köln, Düsseldorf oder Essen und
29 ländlicher Idylle im Münsterland, Ostwestfalen-Lippe, dem Sauerland oder der Eifel
30 bestehen große Unterschiede, aber auch viele Gemeinsamkeiten. Es gilt diese Vielfalt als
31 Chance zu nutzen! Dafür müssen den Kommunen und Kreisen aber auch weiterhin

32 eigenständige Entfaltungs- und Gestaltungschancen verbleiben. Subsidiarität ist für uns
33 also nicht nur ein Schlagwort, sondern eine verpflichtende Aufgabe an das eigene
34 politische Handeln. Eigenständigkeit und Verantwortung der kommunalen Familie zu
35 erhalten und zu stärken, ist eine Grundidee christdemokratischer Kommunalpolitik.

36 Für die Junge Union NRW ist klar, dass eine ländliche oder mittelständisch geprägte
37 Region anderen Herausforderungen gegenübersteht als ein urban und industriell
38 geprägter Raum. Es macht daher in einem derart vielfältigen Bundesland keinen Sinn, den
39 kommunalen Handlungsspielraum einzuengen und die kommunale Familie gegeneinander
40 auszuspielen. Konkret bedeutet das für die Junge Union:

41 ▪ Städte und Gemeinden benötigen mehr Spielraum und Gestaltungsfreiheit anstelle
42 zentraler Direktiven und Bevormundung. Nur mit einem authentischen und
43 selbstbestimmten Profil bleiben die Kommunen weiterhin Heimat der dort
44 lebenden Menschen und können sich als eigenständige Marke im kommunalen
45 Wettbewerb etablieren.

46 ▪ Die Landesregierung muss es den Kommunen ermöglichen, ohne Bevormundung
47 über die Entwicklung ihrer Stadt oder Gemeinde zu entscheiden. Dies gilt
48 insbesondere für den ländlichen Raum: Durch eine überbordende
49 Landesentwicklungsplanung dürfen Initiativen für kleinere Orte nicht im Keim
50 erstickt werden.

51 ▪ Für eine dauerhafte Akzeptanz politischer Entscheidungen müssen wir die Teilhabe
52 junger Menschen an Politik erhöhen. Ein erster Schritt hierzu ist die Beteiligung
53 von jungen Menschen an der lokalen Politik. Wir unterstützen daher das Ansinnen
54 der CDU NRW, für jeden Stadt- oder Gemeinderat und Kreistag mindestens einen
55 JU-ler als Vertreter der Jugend zur Wahl zu stellen. Wir fordern außerdem eine
56 stärkere Verankerung der lokalen Politik und die Erläuterung von
57 Entscheidungsprozessen an den Schulen. Jugendparlamente sind, da wo sie
58 funktionieren, eine Möglichkeit, um das Interesse junger Menschen zu wecken,
59 aber sicher keine dauerhafte Lösung für die konkrete Beteiligung der Jugend —
60 denn letztlich ist dies eine Beteiligung zweiter Klasse.

61

62

63 **„Bewährt und modern!“ – für eine ideologiefreie Familienpolitik**

64 Familien- und Gesellschaftspolitik wird auf kommunaler Ebene nicht durch riesige
65 Programme und politische Gesellschaftsvorstellungen bestimmt. Es sind vielmehr die
66 Wünsche und Notwendigkeiten der Menschen vor Ort, die den kommunalen
67 Handlungsauftrag beschreiben. Dies ist auch für die Junge Union maßgebend. Unser
68 Anspruch ist, für die Menschen Familie lokal zu ermöglichen – von bezahlbarem
69 Wohnraum und Eigentum bis hin zur Ausstattung der Kindertagesstätte vor Ort. Wir
70 stehen daher für eine nicht an ideologischen Gesellschaftsbildern orientierte kommunale
71 Familienpolitik, sondern für eine moderne und dennoch bewährte Unterstützung der
72 Familien in den Städten und Gemeinden:

- 73 ▪ Wir stehen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die den Eltern aber
74 dennoch Wahlfreiheit in Bezug auf Betreuungsmodelle gewährt. Dabei ist ein
75 bedarfsgerechtes und nachfrageorientiertes Angebot der Betreuungsangebote für
76 unter 3-jährige zu schaffen und der bestehende Bedarf der Über 3-jährigen
77 weiterhin zu decken.
- 78 ▪ Gleichzeitig müssen wir auch die Qualität und das Angebot im Bereich
79 frühkindlicher Bildung in den Kindertageseinrichtungen erhöhen. Dazu gehört vor
80 allem qualifiziertes, motiviertes und adäquat bezahltes Personal in den
81 Kindertageseinrichtungen.
- 82 ▪ Wir stehen für die Vielfalt von kirchlichen, kommunalen und freien Trägern. Dabei
83 sind auch neue Modelle und Initiativen von Unternehmen wie z.B.
84 Betriebskindergärten begrüßenswert.
- 85 ▪ Kommunale Mittel für Erziehung und Betreuung müssen wieder mehr in die
86 Einrichtungen fließen anstatt in immer mehr neue Beratungsangebote. Es gilt
87 vielmehr vorhandene Hilfe und Beratung besser zu koordinieren.

88 **„Qualität vor Struktur“ – Bildungspolitik für gute Schulen**

89 Seit Jahrzehnten werden in NRW Schulstrukturen verändert. Nach dem „Schulfrieden“
90 2010 verändert sich die kommunale Schullandschaft zwar langsamer, aber dennoch stetig
91 weiter. Die Junge Union NRW fordert daher eine kommunale Bildungspolitik, die weniger
92 die Schulform als Strukturdebatte diskutiert. Es ist vielmehr Aufgabe in allen Kommunen,
93 Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Begabungen individuell zu fördern und

94 ihnen den Zugang zu Bildung als Chance näherzubringen. Wir fordern daher eine
95 Schulpolitik vor Ort, die Qualität und Leistung im Bildungssystem gewährleistet:

- 96 ▪ Die Vielfalt des Schulsystems ist zu erhalten. Gymnasien, Sekundarschulen,
97 Realschulen sowie Gesamtschulen und Berufsschulen haben ihre Berechtigung.
98 Auch freie und kirchliche Schulträger leisten ihren Beitrag für ein vielfältiges
99 Schulangebot in den Städten und Gemeinden. Daher ist vor Ort eine gleichwertige
100 Ausstattung mit Sachmitteln zu gewährleisten. Gleichzeitig darf das Land seine
101 Begünstigung bestimmter Schulformen nicht zu Lasten der Kommunen fortführen.

- 102 ▪ Für die anstehende Aufgabe, eine Beschulung im Rahmen des Inklusionsprozesses
103 zu ermöglichen, sind den Kommunen vom Land ausreichende finanzielle Mittel für
104 die erforderlichen personellen und infrastrukturellen Maßnahmen zu ermöglichen.
105 Rot-Grün im Land stiehlt sich bei der Infrastrukturfinanzierung der Inklusion vor
106 Ort unredlich aus der Verantwortung.

- 107 ▪ Zu einer vielfältigen Schulpolitik gehört für uns der Erhalt bestehender Schulen in
108 kleinen Gemeinden als Zwergschulen. Kleine Orte und Ortsteile müssen hier die
109 Möglichkeit haben, für ihre Zukunft überlebenswichtige Einrichtungen möglichst
110 zu erhalten, wenn sie dies gemeinsam mit den Bürgern entscheiden und leisten
111 wollen.

- 112 ▪ Wir stehen für eine qualitativ gut ausgestattete Schule. Dies beinhaltet für uns
113 weiterhin kommunal zu entscheiden, ob eine Schulsozialarbeit ergänzend zum
114 pädagogischen Konzept angeboten wird, um die Schulen als „Lebensraum“ attraktiv
115 zu gestalten, ohne dass die Kommune auf finanzielle Mittel des Landes verzichten
116 muss. Gleichzeitig fordern wir eine moderne Ausstattung und Nutzung „neuer“
117 Medien – verantwortet durch die Kommunalpolitik und orientiert am Bedarf in
118 Gesellschaft und Wirtschaft.

119 **„Solide Haushalten“ – für eine eigenverantwortliche Haushalts- und Finanzpolitik**

120 Zu den Kernpunkten generationengerechter Politik gehört eine nachhaltige Finanzpolitik
121 und verantwortungsvolles Wirtschaften. Dies bedingt, dass die Kommunen verstärkt selbst
122 über Einnahmen und Ausgaben entscheiden dürfen und nicht stets von Entscheidungen
123 aus Düsseldorf abhängig sind. Erreicht werden kann eine neue Handlungsfähigkeit nur

124 durch eine Reduzierung der kommunalen Schulden. Diese kommunale Entschuldung darf
125 dabei nicht nur innerhalb der kommunalen Familie gestemmt werden:

126 ▪ Die Städte, Gemeinden und Kreistage sind in erster Linie selbst für eine solide
127 Haushaltspolitik verantwortlich. So müssen auch vor Ort Aufgaben kritisch
128 untersucht und Standards in Frage gestellt werden. Die Übernahme von freiwilligen
129 Aufgaben und zusätzlichen Zuständigkeiten muss sich vor allem an der
130 Finanzierbarkeit messen.

131 ▪ Der kommunale Finanzausgleich ist wieder gerecht zu gestalten. Das bedeutet
132 insbesondere, dass im Bereich des Soziallastenansatzes die eingeführte
133 Überkompensierung von Sozialkosten beendet werden muss. Insgesamt ist das
134 Volumen des kommunalen Finanzausgleichs bedarfsgerecht anzupassen. Eine
135 strikte Verbundquote von 23 Prozent und der Leistungsfähigkeitsvorbehalt des
136 Landes im kommunalen Finanzausgleich sind auf den Prüfstand zu stellen.

137 ▪ Die eingeführte Abundanzumlage (oder auch: „Kommunal-Soli“) ist abzuschaffen.
138 Das Land NRW als tragfähige Staatsebene hat den am stärksten überschuldeten
139 Kommunen durch Finanzhilfen und eine strikte Aufsicht zu helfen. Die
140 Abschöpfung der Wirtschaftskraft abundanter Kommunen dagegen ist nicht nur
141 ungerecht, sondern auch kontraproduktiv, denn es macht nicht die Kranken
142 gesund, sondern die Gesunden krank.

143 ▪ Die Gewerbesteuer ist für die Kommunen eine wichtige Einnahmequelle. In ihrer
144 jetzigen Form belastet sie jedoch insbesondere ertragsstarke Kapitalgesellschaften
145 und ist daher extrem schwankungsanfällig, was viele Kommunen benachteiligt. Sie
146 ist daher zu einem Hebesatzrecht der Kommunen auf die Einkommenssteuer und
147 die Körperschaftssteuer weiterzuentwickeln.

148 ▪ Die Junge Union NRW steht für eine stärkere Unabhängigkeit von gezielter
149 Förderideologie im jeweiligen Fachministerium. Diese Politik am goldenen Zügel
150 führt zu erheblichen Mitnahmeeffekten und damit zu Verschwendung. Anstelle
151 aufwendiger Landesprogramme sollten Finanzmittel vermehrt pauschaliert und
152 gerecht verteilt zur kommunalen Verwendung ausgegeben werden.

153

154

155 **„Wirtschaftliche Entwicklung“ – kommunale Wirtschafts- und Energiepolitik**

156 Wohlstand für alle ist der Markenkern der sozialen Marktwirtschaft und damit auch der
157 Union. Die Junge Union steht für eine wirtschaftsfreundliche, aber für den Menschen
158 verträgliche kommunale Wirtschaftspolitik. Die Arbeitsplätze in den Firmen und Betrieben
159 vor Ort sichern den Wohlstand und die positive Entwicklung der Bürger aber auch der
160 Kommunen. Daher fordern wir:

161 ▪ Die Kommunen müssen mehr in die Lage versetzt werden, Rahmenbedingungen zu
162 schaffen. Die überörtliche Planung und Entwicklung durch Flächennutzungspläne,
163 Gebietsentwicklungspläne und Landesentwicklungsplan sind stärker in eigene
164 Abwägungsentscheidungen der Kommunen zu übergeben.

165 ▪ Die weitere Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen muss wieder stärker
166 durch die kommunale Eigenverantwortung bestimmt werden. Vor Ort wissen die
167 Menschen am besten, welche Nutzung sie in ihrem Ort wollen und welche nicht.

168 ▪ Die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen durch die Kommunen hat sich mehr als
169 bewährt. Daher soll diese kommunale Vermittlung künftig in allen Kreisen und
170 kreisfreien Städten durchgeführt werden.

171 ▪ Die Junge Union NRW spricht sich für eine stärkere Förderung von
172 Existenzgründern durch die kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften aus.

173 ▪ Die Energiewende ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine ökonomische
174 Notwendigkeit. Sie wird aber in einem weit höherem Maße durch Planung und
175 Flächenbereitstellung von den Kommunen getragen, als man oft annimmt. Wir
176 müssen den Kommunen und den Bürgern daher noch mehr Möglichkeiten geben,
177 sich vor Ort an der Energiewende zu beteiligen. Dazu kann die Förderung von
178 Photovoltaik, Solarenergie, Biomasse und Windkraft gehören. Viel drängender ist
179 jedoch die energetische Sanierung bestehenden Wohnraumes und öffentlicher
180 Gebäude.

181

182 **„Gut und sicher leben“ – kommunale Sicherheitspolitik**

183 Die Menschen wollen sich in ihrer Heimat wohlfühlen. Ein Grundprinzip
184 christdemokratischer Politik ist es, den Menschen die Möglichkeit zu geben, in den
185 eigenen vier Wänden zu leben. Mindestens muss aber ausreichend bezahlbarer Wohnraum

186 zur Verfügung stehen, um den Bedarf vor Ort zu decken. Die Junge Union NRW fordert
187 daher:

- 188 ▪ Eine effektivere Kriminalitätsbekämpfung vor Ort und in Kriminalitäts-
189 schwerpunkten ist zentraler Bestandteil uniongeführter Politik. Wir setzen uns
190 insbesondere für die Videoüberwachung solcher Kriminalitätsschwerpunkte ein.
- 191 ▪ Wir verfolgen eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Kleinst- und
192 Schwerstkriminalität. Eigentum ist in diesem Zusammenhang ein ebenso
193 schützenswertes Rechtsgut.
- 194 ▪ Drogenkriminalität muss im Ansatz bekämpft und durch gute Aufklärung bereits an
195 den Schulen im Keim erstickt werden. Die Polizei und die kommunalen
196 Sicherheitsbehörden dürfen nicht zugunsten von Sparpotentialen weiter
197 ausgedünnt werden und müssen weiter in den Kommunen präsent sein.

198

199 ***„Kommunen weiterentwickeln“ – für eine solide Infrastrukturpolitik***

200 Die Grundlage des Lebens vor Ort ist die Infrastruktur. Auf ihr baut – wie der Name schon
201 andeutet – alles andere auf. Teilweise ist es jedoch um die Infrastruktur in NRW erbärmlich
202 bestellt. Das schadet langfristig nicht nur den Kommunen und den Menschen vor Ort,
203 sondern dem gesamten Standort NRW. Die Junge Union NRW fordert daher:

- 204 ▪ Die Sanierung von Straßen und Wegen ist eine Investition in die Zukunft und
205 zugleich wichtig für den Erhalt kommunalen Vermögens. Ländliche Wege können
206 dabei durch eigene Wirtschaftswegeverbände unterhalten werden.
- 207 ▪ Rot-Grün richtet die Kommunen und die Unternehmen zu Grunde, indem
208 Infrastruktur- und Wirtschaftsprojekte durch übermäßig strenge Umweltauflagen,
209 immer mehr Kontrollen und lange Planungswege behindert und oft sogar
210 verhindert werden. NRW und seine Kommunen verlieren an Attraktivität für
211 Investoren und qualifizierte Arbeitskräfte. Wir müssen die ideologischen Barrieren
212 hier überwinden.
- 213 ▪ Der Radwegebau verstärkt werden. Einmal, um zusätzliche touristische Angebote
214 zu schaffen. Zum anderen, um die Schulwege sicherer zu machen. Prestigeprojekte,
215 wie den Radschnellwegebau, lehnen wir ab.

- 216 ▪ Der ÖPNV muss gestärkt und attraktiver gestaltet werden. In Ballungszentren ist
217 eine noch bessere Vernetzung insbesondere in der Tarifstruktur anzustreben. Im
218 ländlichen Raum sind vorhandene Angebote aufrecht zu erhalten. So ist der Erhalt
219 bestehender Bahnverbindungen im SPNV wichtig. Er unterstützt die Wirtschaft und
220 schont die Umwelt. Aber auch im ÖPNV sind vorhandene Strukturen zu optimieren
221 – bei Gewährleistung der Grundversorgung.
- 222 ▪ Die Breitbandversorgung muss deutlich ausgebaut werden, alle Menschen – ob in
223 der Stadt oder auf dem Land – müssen an der Entwicklung teilhaben können. Für
224 den ländlichen Raum bedeutet gerade eine funktionierende Breitbandversorgung
225 einen wichtigen wirtschaftlichen Standortfaktor. Hier dürfen nicht durch Angebote
226 zweiter Wahl die Siedlungskerne von dieser Zukunftstechnologie abgekoppelt
227 werden.
- 228 ▪ Interkommunale Gewerbegebiete können das „Kirchturmdenken“ in vielen
229 Gemeinden überwinden und neue Wege für mehr Synergien und Arbeitsplätze
230 eröffnen.
- 231 ▪ Die kommunale Planung darf nicht nur auf aktuelle Ereignisse und Bedarfe
232 reagieren, sondern muss sich an den sich wandelnden Wohnungsmarkt anpassen
233 und vor allem auf die demographische Entwicklung einstellen. Dabei muss
234 Leerständen aktiv begegnet werden. Freie und brache Flächen in Innenstädten und
235 Siedlungskernen sind vorrangig zu verdichten. Altbausanierung und barrierefreies,
236 altengerechtes Bauen sind hier unsere Antworten für die Zukunft. Gleichwohl muss
237 auch weiter Entwicklungspotential durch bezahlbares Bauland zur Verfügung
238 stehen.
- 239 ▪ Die „Allianz für die Fläche“ noch zu Zeiten der christlich-liberalen Koalition
240 entstanden, darf nicht von Rot – und vor allem Grün – missbraucht werden, um
241 ideologische Ziele umzusetzen. Es darf nicht zulasten ländlicher Kommunen und
242 Landkreise jegliches Entwicklungspotential genommen werden. Auch hier muss
243 Entwicklung weiter möglich sein! Auch massive und unausgewogene Ausgleichs-
244 und Ersatzmaßnahmen müssen vom Land neu überdacht werden.
- 245
- 246

247 **„Ohne Gesundheit ist alles nichts“ – für eine flächendeckende Gesundheitspolitik**

248 Bereits heute stellt die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum oft ein großes Problem
249 dar. Um die Attraktivität der Kommunen zu erhalten, müssen Hausärzte vor Ort sein,
250 Krankenhäuser erreichbar und der Notdienst gewährleistet sein. Gerade ältere Menschen
251 wünschen sich, ihren Lebensabend nicht fern der Heimat verbringen zu müssen. Die Junge
252 Union NRW fordert daher:

- 253 ▪ Die Krankenhausplatzversorgung ist langfristig auch flächendeckend durch
254 Spezialisierung und Kooperationen aufrecht zu erhalten. In kleineren Kommunen
255 können Ärztehäuser dem Rationalisierungsdruck in der Krankenhauslandschaft
256 entgegenwirken.
- 257 ▪ Dem Hausärztemangel ist in Städten und auf dem Land aktiv zu begegnen. Hierzu
258 können auch kommunale Programme zur Gewinnung von Allgemeinmedizinern
259 einen sinnvollen Beitrag leisten.
- 260 ▪ Die kommunale Versorgung mit Wohnheimplätzen für ältere Menschen soll in
261 einem abgestuften System erfolgen. Gerade ambulante Hilfen und betreutes
262 Wohnen wie auch Mehrgenerationenhäuser haben sich hier bewährt und sollten
263 gefördert werden.

264

265 **„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“ – für kommunale Kunst & Kultur**

266 Erhaltung eines kommunalen Kulturangebotes ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe,
267 die auch in Zeiten der Haushaltssanierung einen eigenständigen Platz verdient, damit
268 Kulturangebote nicht dauerhaft verschwinden. Dennoch darf auch im Bereich Kunst und
269 Kultur kein Denkverbot für Einsparungen und Effizienzmöglichkeiten herrschen. Die Junge
270 Union steht für die kommunale Kulturpolitik:

- 271 ▪ Wir wollen das Angebot von Museen, Theatern und weiteren Kultureinrichtungen
272 schützen, jedoch einen noch stärkeren Fokus auf Zusammenarbeit der
273 verschiedener Kulturträger legen und einen Abbau von Parallelstrukturen schaffen.
- 274 ▪ Stärkung von ehrenamtlichen und freien Kulturangeboten und eine stärkere
275 Differenzierung bei der Subventionierung von Hochkultur.

- 276 ▪ Eine Lockerung der zwingenden Auflagen für Kunst an öffentlichen Gebäuden, die
277 vielfach hohe Investitionen bedeuten, zugunsten einer Erhaltung lebendiger
278 Kulturangebote.

279

280 **„Mitmachen erwünscht!“ – für die Erhaltung ehrenamtlichen Engagements**

281 Das Leben in unseren Städten lebt vom ehrenamtlichen Engagement und vom
282 Vereinsleben. Rund 75 Prozent aller Bürger sind ehrenamtlich aktiv oder in einem Verein
283 Mitglied. Dieses Potential von gesellschaftlichem und menschlichem Miteinander gilt es
284 seitens der Politik vor Ort zu unterstützen und zu fördern. Staatliche Leistungen und
285 Beratungen können das Wissen und das Engagement des Ehrenamts nicht kompensieren.
286 Die Junge Union fordert daher:

- 287 ▪ Die Stärkung von Vereins- und Verbandsarbeit in Kirche, Sport, Kultur und
288 Gesellschaft vor Ort. Diese Institutionen sind die Anlaufstelle für ein gutes und
289 friedliches Miteinander und erfüllen somit eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe.

- 290 ▪ Wir fordern bei Zuschüssen an Vereine und Verbände deren Eigenverantwortung zu
291 stärken und diesen die Selbstverwaltung von Mitteln zu ermöglichen. Sinnvolle
292 fachpolitische Instrumente können dabei ein Stadt- oder Gemeindegremium oder
293 ein Kulturring sein, der Bedarfe ermittelt und eine Mittelverwendung organisiert.
294 Kommunale Zuschüsse für Vereine sollten insbesondere an die Anzahl jugendlicher
295 Mitglieder gekoppelt werden.

- 296 ▪ Vor Ort ist die Bereitstellung und Nutzung kommunaler Gebäude und Anlagen für
297 Sportvereine und kulturelle Organisationen Ziel unserer Bemühungen. Dabei muss
298 für die Nutzung aber auch gelten, dass die kommunalen Leistungen nicht ins
299 Unermessliche gehen können und ein angemessenes Entgelt zu zahlen ist.

- 300 ▪ Neben der vereinsgebundenen Arbeit ist auch die offene Jugendarbeit weiter zu
301 unterstützen. Diese erreicht oft junge Menschen, die nicht mehr von Vereinen und
302 Institutionen angesprochen werden. Dennoch sind die Angebote am Bedarf zu
303 orientieren. Die offene Jugendarbeit muss an Brennpunkten gezielt eingesetzt
304 werden, anstatt dort, wo geringer Bedarf besteht ein schwaches, aber teures
305 Angebot vorzuhalten.

- 306 ▪ Die Junge Union NRW steht für eine Politik, die die Herausforderung des
307 demographischen Wandels als Chance begreift und gestaltet. Daher sprechen wir
308 uns für generationenübergreifende Angebote und für das Zusammenleben der
309 Generationen aus. Dies muss insbesondere unter Berücksichtigung der Bedürfnisse
310 älterer Menschen erfolgen.
- 311 ▪ Auch Migration unter dem Gesichtspunkt einer Willkommens- und
312 Integrationskultur ist für NRW als Einwanderungsland wichtig. Jeder der an unserer
313 Gesellschaft teilhaben möchte, ist willkommen und hat die Möglichkeit, Angebote
314 wie Sprach- und Integrationskurse zu besuchen, aber auch im ehrenamtlichen
315 Bereich engagiert mitzuwirken. Einwanderer müssen deshalb auch gefordert
316 werden, diese Angebote gezielt wahrzunehmen, um gerade in großen Städten die
317 Entstehung von Parallelkulturen oder auch eine Ghettoisierung zu verhindern.
- 318 ▪ Um ein gutes Miteinander vor Ort zu ermöglichen müssen auch Flüchtlinge und
319 Armutsmigranten eingebunden werden. Wir wollen eine anständige Unterbringung
320 von Flüchtlingen, schnellere Asylverfahren und konsequente Umsetzung,
321 konsequente Abschiebung von Flüchtlingen nach Ablehnung des Asylantrags,
322 Übernahme von Krankheitskosten durch das Land NRW und eine Einstufung der
323 Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten.
- 324 ▪ Herausforderungen durch verstärkte Armutszuwanderung vor allem in
325 Ballungszentren müssen wir durch verstärkte Integrationsbemühungen begegnen.
326 Dazu fordert die JU NRW vereinfachte Verfahren für Mittel aus dem Europäischen
327 Sozialfonds (ESF), Ausreise bei nicht Vorliegen der Kriterien des Aufenthalts, eine
328 wirksame Rechtsgrundlage zur Bekämpfung von Überbelegung von Wohnraum,
329 Unterstützung besonders belasteter Kommunen bei ihrer gesetzlichen
330 Unterbringungsverpflichtung, Steuerung der regionalen Verteilung von
331 Zuwanderung und aktive Werbung für Arbeitskräften in NRW v.a. in Gebiete mit
332 geringer Arbeitslosigkeit.

333 Die Kommunalwahl 2014 stellt für die Junge Union und die CDU eine große
334 Herausforderung, aber auch eine große Chance dar. Ein Wahlsieg in unseren Städten,
335 Gemeinden und Kreistagen gibt uns bei den Menschen weiter den Rückhalt auch für gute
336 Politik im Land Nordrhein-Westfalen und im Bund. Es gilt daher in den kommenden

337 Wochen alle Kräfte zu mobilisieren, dass wir wieder als die „Kommunalpartei“ die
338 Geschicke in den Räten und Kreistagen lenken können. Die hier aufgestellten Leitlinien
339 können nicht alle Politikbereiche und konkreten Probleme vor Ort lösen. Sie dienen daher
340 nur als Standortbestimmungen und bedürfen einer konkreten Ausgestaltung, Umsetzung
341 und Erweiterung von den Mitgliedern der Jungen Union NRW vor Ort!